

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 34, bei den Depots und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark, frei in's Haus 2 Mark.

Thorner

Insertionsgebühr

die 5gepaltene Zeile oder deren Raum 10 Pf. Annoncen - Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 34, Heinrich Neg, Copernicusstraße.

# Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strassburg: A. Fuhrich, Inowrazlaw: Jukus Wallis, Buchhandlung. Neumark: F. Köpfe. Granbenz: Der „Gesellige“. Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Auten.

Expedition: Brückenstr. 34, part. Redaktion: Brückenstr. 34, I. Et. Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasenstein und Vogler, Rudolf Mosse, Invalidentank, G. L. Daube u. Co. u. sämtl. Filialen dieser Firmen in Breslau, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., Nürnberg, München, Hamburg, Königsberg etc.

Für die Monate

Mai und Juni

abonniert man auf die

„Thorner Ostdeutsche Zeitung“

für den Preis von nur

1 Mark (ohne Bringerlohn).

Bestellungen nehmen entgegen jede Postanstalt, jeder Landbriefträger, die Abholstellen und die Expedition.

Vom Freitagstage.

210. Sitzung vom 28. April.

Eingegangen ist die Servistafelvorlage. Tagesordnung: Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz.

Abg. v. Plöb (kons.) erklärt, seine Freunde fänden manches Gute in der Vorlage, sie hielten aber das, was sie bringe, nicht für ausreichend. Man solle lieber noch warten, um mehr Erfahrungen zu sammeln, und dann gründlich vorgehen. Er billigt namentlich die Entlastung der Krankentassen, sowie den Eintritt der Arbeiter in die Verwaltungskörper. Ueber die anderweitige Verteilung der Lasten zwischen die Versicherungsanstalten würden ja wohl die Ansichten auseinandergehen. Durchaus befehligen müsse man das Markenkleben. Er und seine Freunde hätten daher einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht, der eine anderweitige Aufbringung der Mittel bezwecke, Jedem die Rente gewähre, der den Nachweis erbringe, vier Jahre als Arbeiter beschäftigt gewesen zu sein, und der außerdem eine Einheitsrente schaffe und nur denen eine erhöhte Rente gewähre, welche die Verteuerung ihres Arbeitsvermögens nachweisen könnten. Das Schwierigste bei der Sache sei die Verteilung der Lasten. Da die Sicherstellung der Zukunft des Arbeiters ein eminent staatliches Interesse sei, so müßten auch die Lasten auf die Gesamtheit der Steuerzahler übertragen werden. Dabei müsse es jedem Bundesstaat überlassen werden, wie er den Bedarf aufbringen wolle. Für Preußen habe er es sich so gedacht, daß Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben seien. In kleinen Mitteln sei für die Landwirtschaft noch sehr wenig geschehen, selbst das Börsenreformgesetz sei nicht einmal durchgeführt worden, wie man aus dem Fortbestande der Feenpalastverammlung ersehe.

Abg. v. Plöb (v. l. Fr.) geht auf die verschiedenen Zweige des sozialen Versicherungswesens, Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung ein und legt dar, wie schwierig es sei, das Alles zusammenzulegen. Gegen alle die verschiedenen zu dem Zwecke gemachten Vorschläge habe er auch das Bedenken, daß sie mehr gemacht seien im Interesse der Arbeitgeber, als in dem der Arbeitnehmer. Redner erklärt den Antrag Plöb für unannehmbar und unausführbar; er solle wohl auch nur ein Agitationsmittel sein. Der Antrag diene nur den Interessen des Großgrundbesitzers; er sei hauptsächlich sozialistisch, denn er wolle Alles aus dem großen Staatsfädel nehmen. Die Rechte wolle immer neue Gesetze gegen die Sozialdemokraten, mache sich aber deren Lehren zunutze, sobald ihr Interesse dies verlange. Gerade den gewerblichen Mittelstand würde der Antrag Plöb belasten, dagegen den Großunternehmer mit zahlreichen Arbeitern stark entlasten, desgleichen den Großgrundbesitzer. An indirekte Steuern dürfe man nicht denken, denn das würde heißen, daß die Arbeiter die Kosten dieser ganzen zu ihren Gunsten beschlossenen Versicherung selber aufbringen müßten. Zu billigen an der Vorlage seien die Verbesserungen im Markenkleben, ferner die Venderungen, wonach auch der nicht dauernd erwerbsunfähige Versicherte, der 1/2 Jahr ununterbrochen erwerbsfähig war, für die weitere Dauer seiner Erwerbsunfähigkeit Invalidenrente erhalten soll. Redner empfiehlt seinen Antrag, diese sowie einige andere Punkte aus der Vorlage heraus zugreifen und sich auf deren Annahme zu beschränken.

Geb. Rath v. Wobitzke hält beide Anträge für unannehmbar. Redner begründet dies in längeren Ausführungen und schließt: Ein Ausgleich muß geschaffen werden, entweder durch Zusammenlegung der Anstalten oder durch andere Verteilung der Lasten.

Abg. Gamp (Np.) kann für den Antrag Plöb keine Sympathie empfinden. Er empfiehlt Verweisung der Vorlage an eine Kommission. Nunmehr verlegt sich das Haus auf Donnerstag. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

70. Sitzung vom 28. April.

Tagesordnung: Kultusetat in Verbindung mit dem Antrag Gehdebrand auf Befolgungserhöhung für die Geistlichen und dem Antrag zum Normalstat der Lehrer an höheren Unterrichtsanstalten.

Die Einnahmen werden genehmigt. Beim Ausgabetitel „Ministergehalt“ bedauert Abg. Noeren (Zentr.), daß seit 1887 nichts geschehen sei,

den Beschwerden des katholischen Volksteils abzuhelfen. In seinen weiteren Ausführungen verweist Redner auf den Umstand, daß katholische Schulkinder in sehr großer Zahl katholische Privatschulen oder gar evangelische Schulen besuchen müßten, während sich nur ein ganz kleiner Teil der evangelischen Schulkinder in ähnlicher Lage befände. 43.000 katholische Kinder wäßen sogar ohne jeden schulplanmäßigen Religionsunterricht auf! Diese Kinder würden später zweifellos die Sozialdemokratie verstärken. Am schlimmsten sei es in den polnischen Landestheilen bestellt. Redner geht nunmehr auf die hohen Staatsstellen ein, die vorwiegend von Protestanten besetzt seien. Im höchsten Grade ungerecht sei ferner das Ordensgesetz. Die Protestanten sollten sich weniger um die Orden der katholischen Kirche kümmern, es würde keinem Katholiken einfallen, an der Gründung einer protestantischen Diakonissenanstalt Anstoß zu nehmen, wie es von protestantischer Seite geschehe. Wenn Schwestern verboten werde, den Kindern an schulfreien Nachmittagen Handarbeitsunterricht zu erteilen, weil dieser zum Volksschulunterricht gehöre, dessen Ertheilung ihnen verboten sei, so wüßte entweder diese Interpretation falsch sein oder aber, wenn das Gesetz zulasse, so sei es höchste Zeit, ein solches Gesetz aufzuheben. (Bravo! im Centr.) Redner betont weiter die Reformbedürftigkeit des Kirchenvermögensverwaltungsgesetzes, die Unzulänglichkeit des Staatsbeitrags zu den Forderungen der katholischen Geistlichen und den Ausschluß der Kirche von der Bauschätzung des Religionsunterrichts. Wenn auf dem Hamburger Lehrertage von den Vätern des Menschen aus dem Ehrentitel gesprochen wurde (Pius-Rufe), dann sei es doch an der Zeit, zu prüfen, ob solche Jugendbilder berufen seien, den Religionsunterricht zu erteilen. Man dürfe die sozialdemokratische Gefahr nicht mißachten, wenn diese stärkste Partei auch hier im Hause nicht vertreten sei!

Abg. v. Ghyern (nl.) entnimmt aus dem Vortrage des Vorredners, daß das Zentrum bei den nächsten Wahlen mit den anderen Parteien gegen die Sozialdemokratie ein Kartell zu schließen bereit sein werde. Ueber Imparität glaube man gerade auf evangelischer Seite sich beklagen zu dürfen. Die Orden hätten sich so vermehrt, daß auf diesem Gebiete die katholische Kirche gewiß keinen Grund zur Klage habe. Redner beschwert sich schließlich darüber, daß der Charfreitag noch nicht, wie es versprochen sei, zum allgemeinen Feiertag erklärt worden sei, und über die Genehmigung einer höheren Privatschule mit Internat unter geistlicher Leitung in Köln-Ehrenfeld. (Bravo! bei den National-liberalen.)

Kultusminister Dr. Wosse entgegnet, es sei zweifelhaft, ob die Charfreitagsvorlage noch in dieser Session eingebracht werden könne. Von der katholischen Schule in Ehrenfeld wisse er nichts; wenn es aber nötig sein sollte, werde er natürlich einschreiten. Unwahrscheinlich sei es, daß die evangelischen Privatschulen vor den katholischen bevorzugt würden. So lange er Kultusminister sei, werde keine katholische Abtheilung im Ministerium wieder errichtet, weil sie sich i. Zt. nicht bewährt habe. Auf die Konfession der Nähe werde überhaupt nicht gesehen. (Na! Na!) Das Ordensgesetz beruhe auf einer Vereinbarung zwischen Staat und Kirche und könne nicht einseitig von ihm geändert werden; die Initiative zu einer Aenderung müsse von katholischer Seite kommen. In der strengen Organisation der Orden liege doch ein Moment, das in allen Staaten, wenigstens in Europa, dazu geführt habe, die Orden gewissen Beschränkungen zu unterwerfen. Man müsse sich zu einigen fügen, man müsse auf einander Rücksicht nehmen. Es sei nun einmal nicht zu ändern, daß es Gegensätze zwischen Katholiken und Protestanten gäbe, die sich nicht vereinigen ließen. Er, Redner, werde nie Del in's Feuer des konfessionellen Kampfes gießen. (Bravo!)

Abg. Dr. v. Jagdzewski (Pole) beklagt, daß der Minister bei der ersten Lesung des Stats auf eine sehr ruhige Rede des Abg. Mothly eine gar nicht darauf passende, vorbereitete, leidenschaftliche Antwort gegeben habe und bespricht des Weiteren die Zustände in der Provinz Posen. Der Kultusminister lehne jedes Gesetz um Genehmigung zur Errichtung von Kleinkinderbewahranstalten durch Schwestern ab, weil diese vielleicht mit den Kindern polnisch sprechen und beten würden. Wenn es in Polen und Westpreußen an katholischen Lehrern mangelte, so solle man doch die polnischen Lehrer, die man nach anderen Provinzen versetzt habe, wieder nach ihrer Heimath zurückberufen. Redner klagt weiter über die Mißerfolge des Religionsunterrichts, die darauf beruhten, daß derselbe nicht in der Muttersprache erteilt werde. Unter solchen Umständen dürfe man sich nicht wundern, wenn die polnische Presse zuweilen einen etwas zu scharfen Ausdruck gebrauche. Wir, so schließt Redner, streben nach Versöhnung.

Kultusminister Wosse entgegnet, er habe nur gegen die verstärkte polnisch-nationale Agitation gesprochen. Uebrigens sei die preussische Regierung mit dem von ihr angewendeten System ganz zufrieden. (Rufe bei den Polen: Wir aber nicht!) Er, Redner, sei kein Polenfeind, er sei aber preussischer Beamter und preussischer Minister durch und durch, und an die Gesetze müßten sich die Polen halten, und wenn sie das nicht wollten, würden sie dazu gezwungen. (Lebh. Beif. rechts und bei den Nationallib.)

Nach weiterer kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Schffardt (nl.) und Böttinger (nl.) beteiligten, wird die Weiterberatung auf Donnerstag verlegt.

Deutsches Reich.

Berlin, 29. April.

— In Gegenwart der Kaiserin wurde gestern Nachmittag die große Gartenbau-Ausstellung eröffnet, welche der preussische Gartenbauverein zur Feier seines 75jährigen Bestehens im Treptower Park veranstaltet hat. Um 12 1/2 Uhr erfolgte die Anfuhr der Kaiserin. Als die Kaiserin den Thron bestiegen hatte, bewillkommnete Minister v. Hammerstein die hohe Frau, indem er ihr zugleich einen Blumenstrauß aus Marschall Niel-Rosen überreichte und seinen Dank für das Erscheinen der Kaiserin aussprach. Der Redner gab sodann ein eingehendes Bild der Entwicklung und Bedeutung des Gartenbaues für Deutschland. Eingehend würdigte Redner dann die idealen und realen Aufgaben des Gartenbaues, beglückwünschte herzlich den Verein und eröffnete endlich mit einem Hoch auf Kaiser und Kaiserin die Ausstellung. Hieran schloß sich dann ein Rundgang durch die Ausstellung.

— Der Bundesrath erteilte in seiner gestrigen Sitzung dem Handelsgesetzbuch und dem Einführungsgezetze dazu seine Zustimmung. Der Reichstagsbeschluß betreffs Aufhebung des Jesuitengesetzes wurde an eine Kommission verwiesen. Die Reichstagsbeschlüsse wegen Einführung einer konfessionellen Eidesformel und wegen Einführung des Maximalarbeitstages fanden ebenfalls ihre vorläufige geschäftsmäßige Erledigung.

— Aus Berlin meldet die „Kölnische Ztg.“: Unter Hinweis darauf, daß das Vereinsgesetz immer noch nicht dem Abgeordnetenhaus zugegangen ist und angesichts der langen Verathung des Kultusetats werde allgemein angenommen, daß innerhalb der Staatsregierung noch schärfere und tiefere Meinungsverschiedenheiten bestehen, als bisher angenommen wurde.

— Die Meldung verschiedener Blätter, daß der Gesetzentwurf über die Reform der Militär Strafprozeßordnung das Plenum des Bundesraths verlassen habe und auf alle Fälle demnächst im Reichstage eingebracht werde, wird, der „Nat. Ztg.“ zufolge, als unzutreffend bezeichnet. Vielmehr darf angenommen werden, daß erst nach dem Eintreffen des Kaisers in Berlin der Reichstanzler über die Angelegenheit Vortrag halten wird. Von der Entscheidung des Kaisers wird es dann abhängen, ob bzw. wann der Reichstag in der Lage sein wird, sich mit der geplanten Reform zu befassen.

— In der Budgetkommission des Reichstages wurde gestern die Verathung der Vorlage über die Befolgungsaufbesserung wieder aufgenommen.

— Dem Kolonialrathe wird in seiner Mai-Session auch die Denkschrift zugehen, welche der vor etwa zwei Jahren eingefetzte Ausschuss zur Aufstellung von Grundsätzen über die Verhängung schwerer Strafen gegen die Eingeborenen in den Schutzgebieten ausgearbeitet hat.

— Auf dem deutschen Handwerkerkultartag in Berlin wurde zur Verathung gestellt eine Erklärung, welche die Handwerker vorlage nur für annehmbar erklärt, wenn 1. eine einheitliche Organisation des gesammten deutschen Handwerks in Form von Zwangsinnungen und unter Festhaltung der Dreitheilung Lehrling, Geselle und Meister eingeführt wird und auch diejenigen Mitglieder des Handwerks, welche dasselbe fabrikmäßig betreiben, die Pflicht haben, der Innung beizutreten; 2. Meister nur derjenige sich nennen darf, welcher in dem von ihm betriebenen Handwerk den Befähigungsnachweis erbracht hat. Abg. Jakobastier (Schneidermeister aus Erfurt) trat dafür ein, äußersten Falles auch die Regierungsvorlage anzunehmen, um wenigstens etwas zu erreichen. Buchdruckereibesitzer Bagenstein-Berlin empfahl die fakultativen Zwangsinnungen und erklärte es für nothwendig, auch die großen

bzw. Fabrikbetriebe in die Innungen hineinzuziehen. Schneidermeister Müller-Dortmund trat lebhaft für den Befähigungsnachweis ein und meinte, wenn man den Befähigungsnachweis für die Handwerker nicht für nötig halte, dann sei derselbe auch für die anderen Berufe nicht mehr erforderlich, dann möge man auch die Ministerposten auf Submiffion vergeben. (Geisterkeit.) — Die mitgetheilte Erklärung wurde angenommen. Es wurde ferner beschlossen, die Mitglieder der Handwerkerkonferenz zu beauftragen, die Änderungsverschlüsse dem Reichstage mit der Bitte um Berücksichtigung vorzulegen. Schließlich wurde noch eine Resolution angenommen, wonach der Handwerkerkultartag erklärt, daß die Verordnung des Bundesraths betreffs der Beschränkung der Ausbildungszeit im Bäckerergewerbe das Handwerk schwer schädige, und der Bundesrath ersucht, die Verordnung aufzuheben. Dann wurde der Handwerkerkultartag geschlossen.

— Wie der „Dtsch. Generalanzeiger“ meldet, ist von der deutsch-sozialen Reformpartei als Kandidat für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl in Königsberg der Glasermeister Störmer aufgestellt worden.

— Dr. Sigl hat in den letzten Tagen wüßt über die deutsche Kolardegeschichte; der Beisatz, den dieser Preußenfresser bei seinen Landseuten findet, veranlaßt die „Frankf. Ztg.“ zu folgenden Bemerkungen: Man müßte mit Blindheit geschlagen sein, wollte man die tiefe Veräkimung über die heutige Berliner Richtung nicht sehen. Man fühlt die Unlust über die Reaktion an allen Ecken und Enden. Im gleichen Verhältniß zu dem Steigen dieser Unlust sinkt auch das Interesse und die Freude am Reich. In vielen Kreisen Süddeutschlands ist man heute schon froh, von Berlin nichts mehr zu hören, und man richtet sein Streben darauf, es sich in seinen vier Wänden möglichst bequem und angenehm zu machen. Wir wollen nicht sagen, daß das richtig ist — vernünftig wäre, mit allen Kräften an der Herbeiführung einer Besserung zu arbeiten — aber es ist verständlich.

— Die „N. A. Z.“ hört, daß Hauptmann Morgen der Wolschaft in Konstantinopel beigegeben worden ist, um sich als militärischer Berichterstatter auf den griechisch-türkischen Kriegsschauplatz zu begeben.

— Die von den „Times“ aus Paris gemeldeten Angaben über eine Unterredung des Reichstanzlers Fürsten Hohenlohe mit dem Minister Hanoteau in der Transvaal-Angelegenheit beruhen auf Erfindung. In den Gesprächen der beiden Herren ist, wie die „N. A. Z.“ hört, die Transvaal-Frage überhaupt nicht berührt worden.

— Hunde und Menschen. In den Beschreibungen seiner afrikanischen „Thaten“ hat sich Dr. Peters der an den unglücklichen Afrikanern verübten Grausamkeiten laut gerühmt. Dazu zieht die „Volls-Ztg.“ folgende Parallele: „Als Nanfen und sein Begleiter Johannsen mit ihren Eskimo-Hunden in Nacht und Eis vorbrangen, als sie um eines wissenschaftlichen Zwecks willen ihr Leben tausend Gefahren aussetzten, da war es nötig, daß sie um des höheren Zwecks willen und um ihr eigenes Leben zu erhalten, ihren treuen Hunden das Höchste an Leistungskraft zumutheten, und es war nicht zu vermeiden, daß sie die Hunde durch Schläge zwangen, ihr Aeußerstes an Kraft herzugeben. Aber Nanfen berichtet darüber in seinem Buche mit blutendem Herzen, und er gesteht in ergreifender Weise ein, daß ihm die Erinnerung an das Schicksal der Hunde zuweilen die Freude an der ganzen jahrelangen Expedition und ihren Erfolgen trüben könne. Das ist der Norweger Nanfen im Verhältniß zu seinen Hunden! Damit ver gleiche man, mit welcher Genugthuung der Deutsche Dr. Peters der Grausamkeit erwähnt, die er in Afrika an Menschen begangen hat. Könnten die armen Schwarzen in Afrika lesen und siele ihnen Nanfens Buch in die Hände,



um wie viel lieber möchten die armen Tröpfe Hunde im Dienste des humanen norwegischen Gelehrten und Forschers, als Menschen in der Gewalt deutscher „Kulturträger“ und „Selben“ à la Leitz, Weßlan, Schröder und Peters sein! „Arme Schwarze!“ — Das ist leider alles nur zu richtig!

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Eine Deputation der hiesigen Großindustriellen, welche um Schutz ihrer Interessen bei einem eventuellen Bombardement Salonichis nachsuchte, erhielt im Auswärtigen Amte die Antwort, daß laut Erklärung der griechischen Regierung das Bombardement Salonichis nicht wahrscheinlich sei. Sollte eine Beschließung aber doch stattfinden, so habe der Kommandant des österreichischen Stationärs den Auftrag, den griechischen Flottenkommandanten vor den durch ein Bombardement Salonichis für Griechenland entstehenden nachtheiligen Folgen zu warnen.

### Italien.

Der griechische Dampfer „Samos“ hat an der Mündung des Flusses Marpa 300 Freiwillige an Bord genommen.

### England.

Es verlautet bestimmt, daß im Falle einer abermaligen Verletzung der Londoner Konvention seitens Transvaals England ein Ultimatum stellen wird.

Der gestrige englische Ministerrat trat auf Salisburys telegraphische Weisungen zusammen, um über die Lage im Orient bzw. über eine Intervention zu beraten. Man sagt, Königin Viktoria wünsche dringend, daß dem König Georg Hilfe gebracht werde.

### Vom griechisch-türkischen Kriegsschauplatz.

Die „Neue Fr. Pr.“ meldet aus Athen: Das Volk erbricht Waffenläden und plündert sie; der Sturz des Ministeriums gilt als entschieden. Redner durchfahren die Stadt, um das Volk zu beruhigen.

Ferner liegen unter'm 28. d. folgende Meldungen aus Athen vor:

Die Abgeordneten der Majorität und der Minorität richteten eine Proklamation an die Bevölkerung, worin sie dieselbe zur Ruhe auffordern. Das Blatt „Strip“ veröffentlicht einen Aufruf der oppositionellen Abgeordneten, in dem die Bürger energisch zur Ruhe aufgefordert werden. Alle diejenigen, welche die öffentliche Ordnung stören, sollen für Verbündete der Türken erklärt werden.

Die Regierung theilte den Mächten amtlich mit, daß sie den Krieg fortzuführen werde.

Das Ministerium des Aeußern bestätigt den Berichterstatter des „Soir“, daß die in Athen herrschende Aufregung von den Republikanern geschürt wird, um die Regierung zu stürzen.

Der „Soir“ meldet aus Athen vom 28. 5 1/2 Uhr Abends: Die Erregung nimmt zu. Die Ansammlung der Menge auf dem Verfassungsplatze zeigt einen bedrohlichen Charakter. Vor dem königlichen Palaste wurden Rufe laut: „An die Grenze!“ Mehrere Volkshaufen plünderten Waffenläden.

Es zirkulirt folgende Ministerliste: Präsidium Admiral Canaris oder Sotiropulo, Kriegsminister Nalli, Inneres Theotiti, Auswärtiges Deligeorgios, Finanzen Carapano, Justiz Siniopulo. Mit großer Bestimmtheit tritt das Gerücht auf, daß König Georg zu Gunsten des Prinzen Georg abgeben werde.

In Thessalien ist die Armee in und um Pharsala bereits vollständig rallirt. Die moralische Kraft der Armee hat sich infolge des Kommandowechsels wesentlich gehoben, wozu auch der zurückgeschlagene Angriff der Türken auf Volo und Vessotino mit beigetragen hat. Man glaubt, daß die Armee die letzten Schlappen bald wieder gut machen werde. Von allen Seiten strömen Freiwillige herbei; auch im Auslande lebende griechische Kapitalisten haben große Geldsendungen signalisirt. — Die Armee wurde heute mit dem notwendigen Kriegsmaterial und Proviant versehen. Aus Epirus laufen vom Obersten Manos sehr günstige Nachrichten ein.

Die griechische Flotte hat auf der Höhe von Kassandra Aufstellung genommen.

Der Einzug der Türken in Larissa erfolgte am 25. Morgens 7 Uhr. Zuerst marschirte ein Kavallerie-Regiment ein, welchem sich Mustafa Raiti Bei, Adjutant des Sultans, angeschlossen hatte. Die Eingiehenden wurden von den mohamedanischen und israelitischen Einwohnern begrüßt. Das Regiment erbeutete 6 schwere Geschütze im Fort, eine Gebirgsbatterie und viel anderes Kriegsmaterial und nahm mehrere Griechen gefangen, unter ihnen auch Offiziere. Megeleien oder Gewaltthatigkeiten sind nicht verübt worden; einige Griechen hatten an ihren eigenen Häusern Feuer angelegt. Die von der

Kavallerie zerstreuten letzten griechischen Truppen, die noch Stand gehalten hatten, flohen in die Berge. Raiti Bei, welcher zum Kommandanten von Larissa ernannt ist, nahm Besitz von der Bank und den in derselben befindlichen Beständen. Im Hofe des Regierungsgebäudes wurden in Gegenwart des Bischofs und der Bevölkerung Gebete für den Sultan verrichtet.

Inzwischen rüsten die Türken immer weiter. Vorgeföhrt erhielten weitere 8 Bataillone und drei Batterien des zweiten Korps von Adrianopel Befehl zum Abmarsch an die griechische Grenze. Bisher wurde außer für die Reibis-Division von Parberma eine Mobilmachungsordre auch für die Reibis-Brigaden Konia, Kaiserlich, Deniklii, Aidin und Smyrna mit zusammen 50 Bataillonen erlassen. Der Transport beginnt demnächst.

Ein Konstantinopler Telegramm der „Köln. Ztg.“ meldet, daß sich die Türken auf dem Marsche nach Trikala und Pharsala befinden. Einen Beweis für die steigende Hoffnung auf ein baldiges Ende des Krieges liefert der Umstand, daß das vorher angenommene Angebot des deutschen Rothen Kreuzes nunmehr dankend abgelehnt wurde. Die Türken gewinnen in Epirus Boden. Die unterbrochene telegraphische Verbindung mit Prevoja ist wieder hergestellt.

Weiter wird unter'm 28. d. aus Konstantinopel gemeldet:

Sowohl die regulären als auch die irregulären albanesischen Truppen sind darüber aufgeklärt, daß sie schlechte Munition erhalten haben.

Die türkische Flotte wird zurückberufen. Der Sultan hat energisch auf jede Operation zu Wasser verzichtet. Der kurze Raub in türkischen Marinekreisen, so wird dem „Hamb. Korresp.“ geschrieben, ist verflohen und der Sultan verschließt sich nicht mehr länger der Erkenntniß, daß ihn sein langjähriger Marineminister Hassan Pascha jährlich um 30–40 Millionen betrogen hat. Diese für den Großherrscher niederschmetternde Gewißheit veranlaßt er dem deutschen Marine-Reformer Kallau vom Hofe Pascha. Hofe Pascha hatte schon vor Auslaufen der ersten Division, auf den erbärmlichen Zustand der Schiffe hingewiesen, wurde jedoch von Hassan Paschas Klique überstimmt. Nachdem einmal an der prinzipiellen Entscheidung, daß die Flotte in Aktion treten solle, nichts mehr zu ändern war, hat Kallau vom Hofe Pascha um die Erlaubniß, zur Flotte abgehen zu können. Doch mußte er sich aufs neue überlegen, daß die Flotte unter keinen Umständen operationsfähig sei, und macht: in diesem Sinne an den Sultan einen Rapport. Da abermals die Hajiansche Klique versuchte, die Darstellungen Hofe Paschas zu entkräften, reichte derselbe seinen Abschied ein mit der Motivirung, daß er nicht Theil haben wolle an dem entsetzlichen Unglück, das unausbleiblich sei, wenn die Flotte irgendwie in Aktion treten müsse, überdies müsse er auch versuchen, dem Sultan die unendliche Blamage zu ersparen, welche jede Operation der Geschwader nach sich ziehen müsse. Nach langem Zaudern und auf wohlmeinende Vorstellungen besunderer Diplomaten hat sich nun der Sultan entschlossen, das Geschwader wieder zurückzurufen, und so dürfte das Kapitel des griechisch-türkischen Seelampes zu Ende sein, ehe es kaum angefangen hat.

### Provinzielles.

r Schult, 28. April. Heute Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr rückte unsere freiwillige Feuerwehr nach Friedrich-Wilhelmstraße aus, wo das Gasthaus des Schmiedemeisters Hinz in Flammen stand. Das Feuer wurde, da es nicht an Wasser mangelte, mit 3 Spritzen angegriffen und so beschränkt, daß nur der Dachstuhl zerstört wurde. Das Feuer ist im Gassefall ausgebrochen, dort sind Wagen und Ackergeräthe verbrannt, ebenso Betten, Wäsche, Kleider auf dem Boden. Das Feuer muß von Stromern, die über Nacht im Gassefall lagerten, angelegt sein. Hinz ist nur mit den Gebäuden versichert und erleidet bedeutenden Schaden.

Grandenz, 27. April. Der Einweihung des neuen königl. Lehrerseminars wohnten u. A. Oberpräsident v. Gohler, Provinzial-Schulrath Kretschmer, Oberregierungs-Rath Schwebel, Regierungs-Rath Penning, Landrath Konrad, Oberbürgermeister Kühnast, Generalleutnant v. Amman und Kommandant v. Albenfort bei. Nach einer Ansprache des Oberpräsidenten hielt Provinzial-Schulrath Kretschmer die Einweihungsrede. Am Nachmittag fand ein Festessen statt, an welchem sich ca. 90 Personen theilnahmen. Das Hoch auf den Kaiser brachte Herr v. Gohler aus, dann toastete Herr Kretschmer auf das Lehrerkollegium und Schulrath Gohler-Köbau auf Herrn v. Gohler. Es wurden Depeschen an die Minister Dr. Bosse und Thielel gesandt.

Marientwerder, 28. April. In der Rogat bei Marsee wurde gestern die Leiche des schon seit drei Wochen vermißten Arbeiters Mehler aus Mariensfelde gefunden. M., ein williger und geschickter Mensch, war ein großer Verehrer des Schnapies und wird daher angenommen, daß sein Tod auf die Folgen dieser verhängnisvollen Neigung zurückzuführen ist.

Elbing, 26. April. Drei hiesige Radfahrer, welche von Damblitz zurückkehrten, wurden am Montag Abend bei Weingrundsdorf von vier Männern überfallen. Die vier Strolche fielen über den ersten Radfahrer her, doch wurden sie durch einige Schrotschüsse, die von den beiden folgenden Fahrern aus ihren Revolvern abgegeben wurden, verschreckt und flohen querfeldein. Starke Blutspuren ließen erkennen,

daß die Schüsse getroffen haben. Die Thäter sind unerkannt entkommen.

Elbing, 27. April. Ein Unglücksfall hat sich gestern Nachmittag bei Englischnummen ereignet. Der Kahnführer Maximilian Krasnowski aus Danzig treibte sein Schiff nach der Stadt zu. Ihm entgegen gefegelt kam der türkische Kahn des Schiffers Reibis. Beim Vorbeifahren der beiden Schiffe gerieth die Treibelleine des K. unter das Steuer des R. und K., der den Treibgurt fest um den Leib genommen hatte, wurde plötzlich und blitzschnell in den Elbingfluß gerissen. Ehe das Schiff zum Stehen und dem K. Hilfe gebracht werden konnte, war K. ertrunken.

Tha, 27. April. Von einer unglaublichen Verrohung zeugt die Handlungsweise eines oder einiger Ruten, welche in einer der vergangenen Nächte auf der Chaussee Kl. Mühle-Lyde bis Klauen 103 Bäumen umgebrochen haben. Hoffentlich gelingt es, die Frebler zu ermitteln.

Pröfals, 25. April. Keine Gemeindegaben zu zahlen werden sich außer uns wohl nur noch wenige Ortschaften rühmen können. Seit zwei bzw. einem Jahre (ein Theil ist erst später zu Pröfals eingemeindet) sind, wie das „Ostpr. Tagebl.“ schreibt, von den Bürgern dieser Gemeinde weder Abgaben gefordert, noch gezahlt worden. Gemeindevermögen, aus welchem etwa die Abgaben bestritten werden könnten, besitzt Pröfals nicht; auch dürfen Bier-, Hunde- und Lustbarkeitssteuern nicht eingeführt werden, weil das gegenwärtige Gemeindevorstand in uneigennützigster und liebenswürdigster Weise sämtliche bisherigen Gemeindegaben (ungefähr 3000 Mk.) aus eigener Tasche bezahlt hat. Möge dieser wackere Mann der Gemeinde noch lange erhalten bleiben!

Remel, 27. April. Die Lepra-Kommission wählte für das Lepraheim ein der Stadt gehöriges, völlig abgegrenztes, von keinem Fußgänger berührtes Terrain in der Plantage, 500 Meter vom Pulverschuppen entfernt.

Stolz, 27. April. Der Bauernverein „Nordost“ hat seit dem 10. d. Mts., seit jener Hauptversammlung im Schützenhause in Stolz, zu welcher der Herr Landrath, Geh. Regierungs-Rath v. Buttamer in bekannter Weise seine Gemeindevorsteher aufbot, einen Mitgliederzuwachs von etwa 330 in den Kreisen Stolz, Lauenburg, Bülow, Schlawe, Rummelsburg zu verzeichnen.

Bosen, 27. April. Die Summe, um die die Firma Hamburger Söhne durch ihren früheren Reisenden Stolzmann geschädigt wurde, schwilt immer mehr an; die Summe beläuft sich heute schon auf 148 000 Mark. Der verhaftete Stolzmann hat gestern im Gefängniß einen Selbstmordversuch durch Erhängen gemacht, wurde jedoch noch rechtzeitig abgeschnitten.

### Lokales.

Thorn, 29. April.

— [Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten vom 28. April.] Anwesend 28 Stadtverordnete. Am Magistratstisch: Oberbürgermeister Dr. Kroll, Bürgermeister Stachowik, Baurath Schultze, Stadträthe Rudies, Lischmann und Syndikus Kelsch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Stadtverordnetenvorsteher Voethke mit, daß ein Gesuch, betr. Umpflasterung eines Theiles der Koppernifussstraße vorliege. — Stadtbaurath Schultze bemerkt dazu, daß in Bezug auf Umpflasterungen viel geschehen müsse und daß in nächster Zeit ein Plan der zu pflasternden Straßen aufgestellt und darüber eine besondere Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung kommen werde. — Stadtv. Dietrich tritt dem Gesuch bei; die Straße befindet sich in sehr mangelhaftem Zustande. — Vorsteher Voethke verpflichtet, den Gegenstand auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Für den Verwaltungsausschuß referirt Stadtv. Kordes.

Der Magistratsantrag auf Verlängerung des Vertrages mit dem Bauunternehmer L. Bod über Mithung eines Platzes auf dem Grabenterrain auf die Zeit vom 1. April 1898 bis dahin 1904 unter Erhöhung des jährlichen Pachtpreises von 500 auf 700 Mk. empfiehlt der Ausschuß zur Annahme unter dem Hinzufügen: der Magistrat möge beauftragt werden, eine Kaution von dem Pächter zu erheben und für den Schutz der Binden auf dem Plage Sorge zu tragen. Die Versammlung stimmt dem zu; die Kaution soll 10 pCt. der Pachsumme betragen.

Die Einberufung des wissenschaftlichen Lehrers Hollmann aus Wittstod zum Oberlehrer an der höheren Mädchenschule hieselbst mit einem Gehalt von 3000 Mk. unter Anrechnung von vier Jahren seiner auswärtigen Dienstzeit, wird zur Kenntniß genommen. Herr Hollmann hat am 5. April seinen Probeunterricht abgehalten und ist in der am nächsten Tage stattgehabten Sitzung der Schuldeputation einstimmig gewählt worden. — Ebenfalls zur Kenntniß genommen wird die Einberufung des Lehrers Sagner aus Friedland i. Schl. zum Lehrer an den hiesigen Gemeindegulen.

Für den Finanzausschuß referirt Stadtv. Dietrich.

Die Staatsüberschreitung von 13,58 Mark bei Tit. 1a der ersten Gemeindegulie für Vertretung der Lehrer wird genehmigt; desgl. die Ueberschreitung von 17,78 Mark bei Tit. 7b der ersten Gemeindegulie für feuchtes Aufwischen der Schulklassen. — Die Mittheilung, daß ausgeloste Werthpapiere bei der Rammereiverwaltung nicht vorhanden sind, wird zur Kenntniß genommen. — Nach der Rechnung der Terminstrafklasse für 1896/97 betrugen die Einnahmen 39 Mk., die Ausgaben zum Besten armer Schulkinder 35,75 Mark, während der Rest dem Rassenführer als Entschädigung zuerkannt wurde.

Das Ruhegehalt des Direktors Samiegt ist seinerzeit von der Stadtverordnetenversammlung, anstatt für die wirklich zurückgelegten 38 Dienstjahre, als für 40 Dienstjahre festgesetzt worden. Da die Ruhegehaltsklasse jedoch nur das Ruhegehalt nach 38 Dienstjahren bestimmt und ausmacht, muß die Stadt den Rest von 103 Mk. auf die Rammereiklasse übernehmen. Das Ruhegehalt beträgt 2325 Mark. Die Versammlung beschließt in diesem Sinne. — Der Erhöhung des Tit. XI Pos. 1a des Rammereie-Gesetzes für Servicezuschuß an die Hausbesitzer nach dem Regulativ um 253,16 Mk. wird zugestimmt.

Bei Tit. I Pos. 1 der gehobenen Schulen für gemeinsame außerordentliche Ausgaben ist eine Staatsüberschreitung von 385,50 Mk. zu bewilligen. Dazu bemerkt Stadtv. Lambeck: Ich habe mir neulich schon einmal erlaubt, darauf hinzuweisen, daß es dringend wünschenswerth wäre, daß die ewigen Vertretungen der Lehrer an unseren Schulen aufhören möchten. Ich habe mir nun hier eine Zusammenstellung darüber gemacht, wieviel die Vertretungen an der einen Schule im vergangenen Jahre ausmachten. Es kommt hierbei nicht auf den finanziellen Punkt an, als vielmehr darauf, daß unsere Schulen darunter leiden. Danach seien drei Lehrkräfte in zusammen 120 Unterrichtswochen 80 Wochen vertreten worden, darunter eine Lehrerin wegen Krankheit 34 Wochen. Daß unter den fortwährenden Vertretungen die Schüler leiden, werde jeder zugeben müssen, denn jeder Lehrer habe beim Unterricht seine eigenen Prinzipien. Da kämen die Kinder nicht so weit, wie die Eltern es wünschen. Solchen Lehrkräften, die fortwährend krank sind, möge man doch unter Umständen anheimgen, abzugehen. — Oberbürgermeister Dr. Kroll: Von der Aufstellung des Stadtv. Lambeck gingen zunächst 20 Wochen ab, in denen Vertretung durch den Abgang eines Herrn notwendig geworden war. Wenn jemand weggehe, dagegen lasse sich doch nichts machen. Gegen Krankheit sei auch kein Kraut gewachsen. Deswegen eine Lehrerin gleich zu pensioniren, würde er doch für eine Härte halten. Es sei gewiß zuzugeben, daß die Vertretungen für die Schüler nicht vortheilhaft seien, aber was dagegen gemacht werden könne, das sei wohl ein Geheimnis, welches noch Niemand entdeckt habe. Die Dame gegen ihren Willen zu pensioniren, sei nicht möglich. Uebrigens komme das doch in allen Stellungen vor und man müsse es eben leider Gottes ertragen. — Stadtv. Lambeck: Ich habe ebenfalls ein Bedauern für Lehrkräfte, die durch Krankheit am Unterricht verhindert sind, noch mehr aber für unsere Kinder, die entscheiden darunter leiden. — Stadtrath Rudies: Die Schuldeputation sei selbstverständlich bemüht, darauf zu halten, daß nicht zu oft Vertretungen vorkommen. Der Mißstand lasse sich aber nur in seltenen Fällen beseitigen. — Die Staatsüberschreitung wird darauf bewilligt.

Die Ausgaben für die öffentlichen Armenpflege sind durch die im Monat März angewachsene Zahl der Unterstützungsbedürftigen gegen den Etat, wo für diesen Zweck 25 000 Mark vorgesehen waren, um 1395 Mk. überschritten worden. Die Mehrausgabe hat, wie der Referent bemerkt, ihren Grund in der Vermehrung der Armen. Im Jahre 1895/96 seien 64 Unterstützungsempfänger hinzugekommen. Der Ausschuß habe allerdings die Ueberschreitungen etwas hoch gefunden und sich gewundert, daß nicht schon zur Zeit, als der Etat aufgestellt wurde, vom Magistrat von der Zunahme der Armen Mittheilung gemacht worden sei. Der Ausschuß macht den Vorschlag, den Magistrat zu ersuchen, eine Aufstellung der für die Armenverwaltung in den letzten zehn Jahren gemachten Aufwendungen zu geben. — Syndikus Kelsch: Die Armenlasten betrugen in den Jahren 86/87 24 200 Mark, 87/88 20 400 (diese Abnahme hatte ihren Grund darin, daß am 1. April 87 das Siechenhaus eröffnet wurde), 88/89 20 300, 89/90 24 400, 90/91 24 600, 91/92 24 400, 92/93 24 887. Dazu treten in jedem Jahr die während dieser Zeit bis zum Oktober 92 an die jüdischen Armen verausgabten 4300 bis 4400 Mk. Werden zu den angegebenen Summen noch die an auswärtig wohnende, aber in Thorn unterstützungsberechtigte, arme aufgewendeten Ausgaben gerechnet, so erhält man für 91/92 26 600 Mk. Die Ausgaben an jüdische arme mitgerechnet, kommt man 91/92 auf 31 000 Mark. Jetzt haben wir 31 800 Mk. und befinden uns damit also etwa auf dem Stande von 91/92. Vom Jahre 94 ab ist der Stadt die Verpflichtung auferlegt worden, jährlich 7–800 Mark zur Unterbringung Geisteskranker in Provinzial- Irren-Anstalten zuzugewen. — Gewachsen seien übrigens die Armenausgaben auch in den meisten anderen Städten. Es sind Erhebungen darüber angestellt worden, ob die Einführung der sozialen Gesetzgebung eine Abnahme der Armenlasten zur Folge gehabt habe. Diese Erhebungen haben ergeben, daß diese Gesetzgebung eine Abnahme der Armenlasten in absoluter Weise



OF A ROCKY MOUNTAIN, April. 1841, 1.



!!!

# In hunderttausenden von Familien

hat sich eine Mischung von halb Bohnenkaffee und halb Kathreiner's Malzkaffee eingebürgert. Dieselbe ist gesünder und billiger als reiner Bohnenkaffee. Da Kathreiner's Malzkaffee infolge seiner patentierten Herstellungsweise Geschmack und Aroma des Bohnenkaffees besitzt, ist er nicht nur ein vorzüglicher Kaffee-Zusatz, sondern auch ein vollständiger Kaffee-Ersatz.



Heute Nachmittag 4<sup>3/4</sup> Uhr erlöst ein sanfter Tod nach langem schwerem Leiden unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau Wittwe

## Friederike Förder

geb. Huch

im Alter von 67 Jahren.

Wer die Entschlafene gekannt, wird unsern Schmerz ermessen können. Mit der Bitte um stille Theilnahme zeigen dieses allen Verwandten und Freunden an

Mocker, den 28. April 1897.

### Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. Mai, Nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr vom Sterbehause, Mocker, Lindenstrasse 19, aus nach dem neustädtischen evangelischen Kirchhofe statt.

Die Erbauung eines dritten hölzernen 20 m. hohen zu 6300 Mark veranschlagten Beobachtungsturmes (Südbastion) auf dem Fußartillerie-Schießplatz bei Thorn soll im Termin am **Dienstag den 4. Mai Vormittags 11 Uhr** in meinem Geschäftszimmer öffentlich verdingt werden. Dasselbst sind die Verdingungsunterlagen in den üblichen Dienststunden einzusehen und die Angebote — nach Prozentsatz der Kostenanschlagspreise auf- bezw. abbietend — rechtzeitig, wohlverschlossen und mit bezeichnender Aufschrift versehen einzureichen.

Die Zuschlagsfrist beträgt 2 Wochen.

Thorn, den 24. April 1897.

**Baurath Hekhoff.**

### Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Wladislaus Kwiatkowski** in **Schönsee Wpr.** wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 13. März 1897 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß von demselben Tage bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Thorn, den 27. April 1897.

### Königliches Amtsgericht.

### Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von **Mlewo**, Kreis **Briesen Wpr.**, Band VI — Blatt 142 — auf den Namen des Landwirths **Thomas Wierzbicki**, in Ehe und Gütergemeinschaft mit **Valerie geb. Buchocka** eingetragene, in der Gemarkung **Mlewo** belegene Grundstück (Rentengut mit Auerbengutzseignerschaft) [Wohnhaus mit Stall und Hofraum und Scheune]

am **30. Juni 1897,**

**Vormittags 10 Uhr,**

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 7 versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 71,58 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 15,28,45 Hektar zur Grundsteuer, mit 105 Mk. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt.

Thorn, den 27. April 1897.

### Königliches Amtsgericht.

### Öffentliche freiwillige Versteigerung.

**Montag, den 3. Mai cr.,** von Vormittags 9 Uhr ab, werde ich im Hause Schulstraße Nr. 3 (Bromberger Vorstadt) eine vollständige Wirtschaft bestehend in verschiedenen **Möbeln, Betten, Wäsche, Küchengeräthen u. Kleibern** öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung versteigern.

**Nitz, Gerichtsvollzieher in Thorn.**

Ich habe meinen Wohnsitz von Strasburg Westpr. nach Thorn verlegt. Meine Wohnung befindet sich **Bachstraße 2**, meine Bureau-räume gegenüber, **Gerberstraße 33**, Ecke der Breiten- und Elisabethstraße.

**Jusfzrath Trommer,**  
Rechtsanwalt u. kgl. Notar.

**Dr. med. Fr. Jankowski**

ist bis zum 1. Oktober cr. nach **Bad Nauheim** verreist.

## L. Stein, Thorn

Breitestrasse 21

von **9** Mark an

elegante **Herren-Paletots**

in verschiedenen Farben,

**2**

von **2,75** Mark an

feine **Knaben-Anzüge,**

**3**

von **3,00** Mark an

**Herren-Hosen**

höchst solide,

**10**

von **10** Mark an

moderne **Herren-Anzüge**

garantiert tadelloser Sitz und Arbeit.

Kein Schein-, sondern reeller

## Ausverkauf!

Infolge eines anderen Unternehmens gebe mein Geschäft hier auf und verkaufe meine Waarenbestände in

**Galanterie-, Bijouterie-, Alfenide-, Leder-, Holz- und Japan-Waaren, ebenso Kravatten, Fächer, Schirmen, Stöcken, Hänge- und Tischlampen**

zu ganz besonders billigen Preisen aus.

Günstige Gelegenheit zum Einkauf preiswerther

## Gelegenheitsgeschenke

und praktischer Gegenstände.

Für Vereine große Auswahl von Preisen.

Um gütigen Zuspruch bittet

**J. Kozlowski, Breitestr. 35.**

## Felzwaaren, Tuch- u. Wollfaden

werden gegen Garantieschein zur Aufbewahrung angenommen

Jede Reparatur und Aenderung wird fachgemäss ausgeführt.

**C. Kling's Nachf., Kürschnermeister.**

Breitestrasse 7, Eckhaus.

Von einer ersten deutschen, eingeführten

## Haftpflicht- u. Unfallversicherungs-Gesellschaft

wird ein angesehener, thatkräftiger Herr, welcher auch in ländlichen Kreisen gut eingeführt ist und Sicherheit für das Inkasso leisten kann, als

## General-Agent gesucht!

Reflektirt wird nur auf einen Herrn, welcher geneigt ist, sich persönlich energisch der Erwerbung neuer Versicherungen zu widmen.

Gefl. Offerten mit Referenzen sub **J. H. 8800** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** erbeten.

## Niederfreunde. Heute Freitag

Sonnabend, den 1. Mai cr.:

## Großes Tanzkränzchen,

wozu ergebenst einladet

**G. Droese, Mellienstraße 98.**

## Maibowle

empfiehlt

**A. Mazurkiewicz.**

## Achtung!

Feiner deutscher Cognac, aus reinen Weintrauben gebrannt, von mildem Geschmack und feinem Aroma; von Nelsonbaleszenten vielfach zur Stärkung gebraucht. Marke **Supérieur 1/2**, Liter-Flasche a Mk. 2 und a Mk. 2,50. Niederlage für Thorn und Umgegend bei

**Oskar Drawert, Thorn.**

Von jetzt ab befindet sich mein

**Comptoir**

**Brückenstraße 32**

im Hause des Herrn **W. Landeker.**

**Bernhard Adam.**

**Strandschnh-Lack.**

**Anders & Co.**

**Strandschnh-Creme.**

## Standesamt Thorn.

Vom 19. bis einschl. 24. April d. Js. sind gemeldet:

a. als geboren:

1. Sohn dem Grenzaußseher Emil Standke.
2. Sohn dem Arbeiter Karl Müller.
3. Tochter d. Stadthofboiken Emil Schallinatus.
4. Sohn dem Warrner Ferdinand Hänel.
5. Sohn dem Militärwärter Karl Schimmelpfennig.
6. Sohn dem Kaufmann Gustav Edel.
7. Sohn (unehelich).
8. Sohn dem Schneider Max Dohms.
9. Sohn (unehelich).
10. Sohn dem Schiffseigner Anton Blaszkiewicz.
11. Sohn dem Schuhmacher Joseph Schmidt.
12. Tochter dem Arbeiter Martin Ortschikowski.
13. Sohn dem Buchhalter Bernhard Guebow.
14. Tochter (unehelich).
15. Tochter dem Trompeter (Sergeant) im Ulanen-Regt. Friedrich Graesdorf.

b. als gestorben:

1. Bäckergehilfe Alexander Smolinski 35 J. 4 M. 11 T.
2. Maurergehilfenfrau Veronika Jendzejewski geb. Swirski 55 J. 9 M. 10 T.
3. Bronislawa Judaszewski 2 J. 3 M. 25 T.
4. Arbeiterfrau Angelika Schimanski geb. Wojciechowski 32 J. 1 T.
5. Leon Jaroski 3 J. 7 M. 7 T.
6. Maurergehilfenwitwe Margarethe Jeps geb. Roszkiewicz 69 J. 8 M. 30 T.
7. Hausbesitzerwitwe Caroline Lust geb. Schlieter 79 J. 8 M. 6 T.
8. Gerichtsdiktator-Witwe Veronika Jabs geb. Przybyl 55 J. 4 M. 28 T.
9. Arbeiter Albert Kwiatkowski aus Mlynik 21 J. 10 M. 18 T.
10. Arbeiter Franz Krawetz 70 J. 4 M. 17 T.
11. Pionier-Sergeant Johannes Reischad 28 J. 1 M. 25 T.
12. Friedrich Rohde 17 J.
13. Schiffsgehilfe Josef Ofinski 45 J. 9 M. 20 T.
14. Frieda Maciejewski 7 M. 16 T.
15. Otto Dulat 5 M. 13 T.
16. Arbeiter Franz Jachowski 57 J. 3 M. 15 Tage
17. Schuhmachergehilfe Paul Lewandowski 19 J. 7 M. 25 T.

c. zum ehelichen Angebot:

1. Arbeiter Theophil Szupchinski u. Juliana Kulanowski-Moder.
2. Stadtmelker Johannes Banasik und Catharina Luitka.
3. Oberlazarthegehilfe Paul Spillmann und Martha Rabitz-Plaske.
4. Fleischer Ignaz Lubomski-Moder u. Clara Drazkowski.
5. Arbeiter August Janke u. Albertine Drawanz-Moder.
6. Arbeiter Simon Orzelewski u. Anna Wisniewski.
7. Kellner August Bäder und Valeria Sziburski, beide Dortmund.
8. Postillon Johann Kruszewski u. Marianna Niedzinski.
9. Königl. Oberlieutenant a la suite des Inf.-Regts. 61 Wilhelm Rindfleisch-Königsberg und Anna Luise von Sodenstern.

d. ehelich sind verbunden:

1. Töpfergehilfe Emil Moller mit Angelica Skromski.
2. Arbeiter Hermann Ferch mit Emma Marzynski.
3. Bureau-Assistent Paul Siemon mit Bertha Jagmann.
4. Kaufmann Wladislaus Pytlik mit Amalie Späth.

## Synagogale Nachrichten.

Freitag Abendandacht 7<sup>1/2</sup> Uhr.

Hierzu eine Beilage und eine Zeichungsliste.